

Die SPD kümmert's nicht

Tausende Einwohner ohne Krankenversicherung: Duisburger Stadtteil Marxloh droht soziale Katastrophe. Stadtspitze entzieht sich Diskussion

Markus Bernhardt

Die verheerende soziale Situation im Ruhrgebiet spitzt sich weiter zu. Nachdem erst vor wenigen Wochen offiziell bekanntgeworden war, dass allein in Duisburg rund 10.000 Menschen ohne Krankenversicherung leben (siehe *jW* vom 18.5.2015), hatte die etablierte Politik zugesagt, schnell für Abhilfe zu sorgen. Geschehen ist bisher nichts. So scheinen vor allem der Duisburger Oberbürgermeister Sören Link (SPD) und sein ebenfalls aus Duisburg stammender Parteifreund, NRW-Innenminister Ralf Jäger, das Problem aussitzen zu wollen.

Um sich ein Bild von der Situation vor Ort zu machen, war Anfang dieses Monats sogar Sigmar Gabriel (SPD), Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister, nach Duisburg-Marxloh gekommen und hatte dort das Sozialpastorale Zentrum an der Katholischen Kirche St. Peter besucht. Schon seit November 2014 bietet die Gemeinde dort unter Leitung des gelernten Krankenpflegers und Rettungsassistenten Pater Oliver Potschien einmal in der Woche eine kostenlose Gesundheitssprechstunde für Menschen ohne Krankenversicherung an. Durchschnittlich 70 Patienten, manche davon mit schwerwiegenden Erkrankungen, nehmen das Angebot Woche für Woche in Anspruch. Ins Leben gerufen worden war die ohne jegliche finanzielle Unterstützung der Stadt arbeitende Sprechstunde, da immer öfter Beispiele bekanntwurden, dass örtliche Krankenhäuser selbst die Behandlung von Notfallpatienten ohne Krankenversicherung verweigerten und diese wegschickten.

Bei seinem Besuch am 8. Juni versprach Vizekanzler Gabriel den Ehrenamtlichen

schnelle Hilfe. Das »großartige Engagement« der Marxloher Bürger für Flüchtlinge und EU-Neubürger drohe zu verpuffen, wenn Stadt und Land nicht die finanziellen Mittel hätten, es zu unterstützen, konstatierte er. Er wolle in Berlin Lösungsansätze erarbeiten.

In der Realität deutet hingegen vieles darauf hin, dass zumindest die Stadt Duisburg überhaupt nicht willens ist, das bemerkenswerte Projekt zu fördern. Schon in den letzten Monaten waren hochrangige Politiker Duisburgs, wie etwa Sozialdezernent Reinhold Spaniel (SPD) und auch Oberbürgermeister Sören Link selbst, durch markige Sprüche und rechtslastige Parolen aufgefallen, die sich unter anderem gegen in der Stadt lebende Roma-Familien richteten. Auch aktuell bewies die Stadtspitze, dass ihr an einer Lösung der bestehenden Probleme nicht gelegen ist. Informationen der Veranstalter zufolge soll die Stadtspitze dem örtlichen Gesundheitsamtschef die Teilnahme an einer Podiumsdiskussion zum Thema »10.000 Menschen ohne Krankenversicherung in Duisburg« untersagt haben, die ursprünglich für den 23. Juni vom Verein »Erwerbslose helfen Erwerbslosen« organisiert worden war und nun abgesagt werden musste. Auf *jW*-Anfrage verneinte das Büro des Oberbürgermeisters dies am Mittwoch nachmittag.

»Es ist skandalös, dass die Stadt Duisburg keine öffentliche Debatte darüber zulassen will, dass mehr als 10.000 Menschen ohne Krankenversicherung sind«, kritisierte die gebürtige Duisburgerin und Bundestagsabgeordnete Sevim Dagdelen (Die Linke). Sie forderte die Stadt auf, »die sich abzeichnende humanitäre Katastrophe in letzter Minute doch noch zu stoppen, die Gesundheitsversorgung für die Menschen zu gewährleisten und die Initiative Pater Olivers ihren Aufgaben und Bedürfnissen entsprechend finanziell auszustatten«.

<http://shortlinks.de/ri5n>

<http://www.jungewelt.de/2015/06-18/062.php>